

## **Andere Länder wenden sich von Russland ab – Deutschland rutscht tiefer in die Abhängigkeit**

Welt, 22.02.2022, Nikolaus Doll, Philipp Fritz

[https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237048655/Energie-Deutschlands-wachsende-Erdgas-Abhaengigkeit-von-Russland.html?sc\\_src=email\\_1799832&sc\\_lid=175134819&sc\\_uid=9b9AoAfTYB&sc\\_lid=7352&sc\\_cid=1799832&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc\\_eh=94c824e22aa172ca1](https://www.welt.de/politik/deutschland/plus237048655/Energie-Deutschlands-wachsende-Erdgas-Abhaengigkeit-von-Russland.html?sc_src=email_1799832&sc_lid=175134819&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=7352&sc_cid=1799832&cid=email.crm.redaktion.newsletter.politik&sc_eh=94c824e22aa172ca1)

Die SPD setzt auf Nord Stream 2 und russisches Gas, um die Energiewende zu stemmen und die ehrgeizigen Klimaziele zu erreichen. Damit wächst die Abhängigkeit von Russland. Die Staaten Mittelosteuropas beobachten das mit Unverständnis – sie verfolgen als Strategie das genaue Gegenteil.

Aus Sicht seiner Partei hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in der Ukraine-Krise vieles richtig gemacht. Auch dass sich der Kanzler bisher nicht dazu verleiten lässt, die umstrittene Erdgaspipeline Nord Stream 2 klar als Sanktionsinstrument zu benennen, sollte Russland die Ukraine angreifen, sei „gut durchdacht und abgewogen“, heißt es in der Fraktion: „Es ist gut, dass wir in Energiefragen Verlässlichkeit gegenüber Russland zeigen, dass sich Deutschland, was die Einhaltung von Verträgen angeht, nicht angreifbar macht“, sagt eine Spitzengenossin.

Denn viele Sozialdemokraten fürchten eines noch mehr als ein Aus von Nord Stream 2, sollte der Stopp der Ostseepipeline offen als Sanktionsmittel eingesetzt werden: nämlich dass Russlands Präsident Wladimir Putin die Gaszufuhr über die schon genutzten Pipelines – die überwiegend über die Ukraine führen – drosseln oder abstellen könnte.

Dann könnte angesichts leerer Gasspeicher nicht nur ein akuter Versorgungsengpass in Deutschland drohen, sondern dann könnten auch die Energiewende und das Erreichen der Klimaschutzziele in Gefahr geraten. Denn dafür ist russisches Erdgas als Übergangslösung die Voraussetzung.

Die meisten mittelosteuropäischen Staaten schlagen dagegen den entgegengesetzten Weg ein. Sie versuchen, den Anteil russischer Importe zur Energieversorgung nach Kräften zu reduzieren.

Russland und die USA sind die weltweit größten Erdgasförderer. Während die Amerikaner den überwiegenden Teil im Inland verbrauchen, ist Russland mit Abstand der globale Exporteur Nummer eins. Und der Anteil des Pipelinegases, der nach Deutschland geht, wächst seit Jahren. 2011 lag er nach Angaben des BP Statistical Review bei 14,9 Prozent, 2020 bei 28,5 Prozent. Wobei nicht alles im Inland genutzt, sondern auch in andere Staaten weitergeleitet wird.

### *Keine mittelfristige Alternative in Sicht*

Experten gehen davon aus, dass die russischen Gasimporte in den kommenden Jahren noch schneller steigen. „Nach dem Ausstieg aus der Kohle und der Kernkraft

braucht Deutschland für eine Übergangszeit Erdgas, um beispielsweise die Grundversorgung zu garantieren und Schwankungen im Stromnetz beim Ausbau von erneuerbaren Energien auszugleichen“, sagt Jacopo Pepe, Energie- und Geopolitikexperte der Stiftung Wissenschaft und Politik. „Und ich sehe nicht, dass andere Länder kurz- und mittelfristig die von Deutschland benötigten Mengen an Erdgas zu relativ konstanten Preisen und in den benötigten Mengen liefern könnten.“ 55 Prozent der Gasimporte Deutschlands kommen aus Russland.

Die Norweger, wichtige Lieferanten für Deutschland, haben bereits angekündigt, nicht mehr als bisher bereitstellen zu können, die Niederlande fahren ihre Erdgasförderung insgesamt zurück. Algerien gilt aufgrund der politischen Lage des Landes und des Zustands der Pipelines als Risiko. Und Aserbaidschan könnte nach Ansicht von Fachleuten nur in begrenztem Umfang einen Ausfall russischer Lieferungen ausgleichen.

Eine Alternative zu russischen Importen könnte zumindest teilweise Flüssiggas (LNG) sein, das vor allem aus den USA kommt. Das ist, neben der geopolitischen Komponente, einer der Hauptgründe, warum US-Regierungsvertreter Nord Stream 2 so hartnäckig bekämpfen. Mit der neuen Pipeline stellen die Russen sicher, dass auch wachsende Exporte über Deutschland nach Europa fließen können. Dorthin also, wo die Amerikaner mit ihrem LNG auf den Markt drängen.

Kanzler Scholz ist beim Thema LNG „leidenschaftslos“, wie er sagt. Seine SPD ist es nicht, sie lehnt es ab. Weil es mittels Fracking in den USA gewonnen wird und lange Wege auf Schiffen zurücklegen muss. Weil es insgesamt eine schlechtere Umweltbilanz als Erdgas habe und dazu teuer sei, heißt es bei den Energie- und Umweltpolitikern.

„Insofern wird die Abhängigkeit Deutschlands von Russland kurz- bis mittelfristig eher steigen“, prognostiziert Energieexperte Pepe. Nur: Nord Stream 2 sei gar nicht nötig, um die aktuellen Gasmengen von Russland nach Deutschland zu transportieren. „Dazu reichen die bestehenden Pipelines aus“, sagt er. Ein neuer und zusätzlicher Transportweg Sorge allerdings für Redundanz und Flexibilität beim Gasbezug und damit für mehr Versorgungssicherheit. Die Frage ist, ob es nur das ist, was die SPD zum Festhalten an Nord Stream 2 treibt.

### *Der osteuropäische Weg*

Die meisten Länder Ostmitteleuropas sehen die Sicherheit ihrer Energieversorgung allerdings unter ganz anderen Prämissen – sie arbeiten daran, weniger abhängig von Gaslieferungen aus Russland zu werden. Litauen und Polen haben ihre Importe aus Russland gemessen an den Gesamtimporten seit den 1990er-Jahren bereits halbiert. Litauen preschte früh mit einer aufsehenerregenden Aktion vor: 2014 wurde in der Hafenstadt Klaipeda ein LNG-Terminal eröffnet – damals eines der ersten seiner Art weltweit. Damit konnte das kleine Land die Gasmonopolstellung Russlands im Baltikum beenden.

Die anfängliche Kritik wegen der relativ hohen Investitionssumme von 128 Millionen Euro wich schnell sichtbaren Erfolgen: Litauen konnte nicht nur die Gasmengen aus Russland deutlich reduzieren, sondern für diese auch günstigere Preise aushandeln – jetzt, wo man Alternativen hat. Geschätzt spart Litauen so 160 Millionen Euro pro

Jahr ein. Gas aus Litauen wird über ein Verteilernetz inzwischen nach Lettland und Estland gebracht. Polen soll noch in diesem Jahr angebunden werden. Dabei betreibt Polen sein eigenes LNG-Terminal im Westen des Landes in Swinemünde.

Polen ist zwar EU-weit weiterhin einer der größten Importeure von Kohle aus Russland, allerdings ist es das erklärte Ziel Warschaws, so bald wie möglich vollkommen unabhängig von russischen Energielieferungen zu werden. So hat der Energiekonzern Polnische Erdölbergbau und Gas (PGNiG) die Lieferverträge mit Gazprom über die Jamal-Pipeline über den 31. Dezember 2022 hinaus nicht verlängert. Ab dem kommenden Jahr also erhält Polen auf diesem Weg gar kein Gas mehr aus Russland. Dafür soll noch in diesem Jahr die polnisch-norwegische Pipeline Baltic Pipe ans Netz gehen. Sie wird Polen über Dänemark mit norwegischem Gas versorgen.

Um die Klimaziele der EU erfüllen zu können, muss Polen außerdem die Nutzung von Kohle massiv zurückfahren. Noch immer bezieht das Land mehr als 70 Prozent seiner Energie aus Kohle. Und durchschnittlich acht Millionen Tonnen Kohle jährlich kommen aus Russland – noch. Für die Zukunft setzt die Regierung in Warschau neben Gas auf Atomkraft. Zwei Kernkraftwerke sollen im Land entstehen. Das erste könnte schon 2030 ans Netz. Rosatom, der staatliche russische Atomkonzern, der in Osteuropa vielfach eine dominante Rolle spielt, ist in Polen nicht im Rennen. Um Zuschläge bewerben sich Konzerne aus den USA, Frankreich und Südkorea.

Auch Tschechien setzt darauf, den Anteil der Kohle zur Energiegewinnung massiv zu reduzieren. Im Gegenzug soll das Atomkraftwerk Dukovany ausgebaut werden. Rosatom wurde von einem Bieterwettbewerb 2021 ausgeschlossen. Der Entscheidung vorangegangen war ein diplomatischer Streit zwischen Prag und Moskau.

Die tschechische Regierung hatte Russland zuvor öffentlich für die Explosion in einem tschechischen Munitionslager verantwortlich gemacht. Zwei Personen, die angeblich für den russischen Militärgeheimdienst GRU gearbeitet haben, sollen in den Fall involviert worden sein. Prag wies infolgedessen 18 russische Diplomaten aus – und verweigerte Rosatom die Möglichkeit, einen sechs Milliarden Euro schweren Deal abzuschließen.